

Bei öffentlichen Ausschreibungen sollte es auf mehr als nur den günstigsten Preis geachtet werden, sagen die Abgeordneten.

-
- Das beste Preis-Leistungs-Verhältnis sollte im Mittelpunkt stehen, nicht nur der günstigste Preis.
 - Neue Regeln sollen die Beteiligung kleiner und mittlerer Unternehmen (KMU), grenzüberschreitende Ausschreibungen und den Einkauf europäischer Produkte fördern.
 - 907 Seiten Vergaberecht müssen durch kürzere, einfachere Regeln ersetzt werden.
-

Der Ausschuss für Binnenmarkt und Verbraucherschutz des Parlaments hat heute einen Bericht verabschiedet, in dem er seine Prioritäten für die Überarbeitung des Rahmens für die öffentliche Auftragsvergabe darlegt.

Mit diesem Initiativbericht legt der Ausschuss die Erwartungen der Abgeordneten an die Kommission im Hinblick auf die für Ende 2026 geplante Überarbeitung der aktuellen Vorschriften für die öffentliche Auftragsvergabe dar.

Bestes Preis-Leistungs-Verhältnis, nicht nur der günstigste Preis.

Eine der wichtigsten Botschaften der Abgeordneten ist, dass sich öffentliche Ausschreibungen nicht mehr nur auf die günstigsten Angebote konzentrieren sollten. Wenn ein anfängliches Projekt sehr günstig ist, können die späteren obligatorischen Wartungskosten deutlich höher ausfallen als bei alternativen Projekten. Darüber hinaus können billigere Materialien Umweltschäden verursachen, und die Arbeitsbedingungen für Arbeitnehmer in Niedrigpreisprojekten können sehr schlecht sein. Die Abgeordneten fordern die Kommission auf, anderen Kriterien, wie sozialen und ökologischen, bei öffentlichen Ausschreibungen stärkeres Gewicht zu verleihen.

Vereinfachung und Förderung der Teilnahme von KMU an Ausschreibungen

Ein weiterer Schwerpunkt der Kommission, so die Abgeordneten, ist die Erleichterung der Teilnahme von KMU an Ausschreibungen. Derzeit ist es für KMU nahezu unmöglich, an großen Ausschreibungen teilzunehmen, da sie beispielsweise nur ein Gebäude mit ihren Produkten ausstatten können, aber nicht mehr. Um die Teilnahme von KMU zu fördern, sollten Ausschreibungen in kleinere Lose aufgeteilt und die Regeln einfacher und klarer gestaltet werden.

Öffentliche Ausschreibungen sind in über 476 Artikeln und 907 Seiten gesetzlich geregelt. Dies stellt für alle Unternehmen, insbesondere aber für KMU, eine Herausforderung dar. Die Abgeordneten fordern die Kommission auf, einen Weg zu finden, die Regeln zu vereinfachen und klarer zu gestalten und gleichzeitig sicherzustellen, dass die öffentlichen Auftraggeber flexibel bleiben und die Regeln nur regeln, wie und nicht was gekauft wird.

Europäische und interne Arbeitskräfte bevorzugen, Schwellenwerte anheben

Die Abgeordneten fordern außerdem, dass öffentliche Behörden Projekte bevorzugen können sollten, die die lokale Wirtschaft und Unternehmen beleben. Da die Unterstützung europäischer Unternehmen in strategischen Sektoren besonders wichtig ist, sollte

die Kommission nach Möglichkeiten suchen, dies zu ermöglichen, ohne auf Protektionismus zurückzugreifen.

Der Bericht betont außerdem, dass die Kommission die Möglichkeit prüfen sollte, Bieter zu bevorzugen, die interne Arbeitskräfte einsetzen, um komplizierte Subunternehmerregelungen zu vermeiden, die zu mangelnder Rechenschaftspflicht und dem Risiko von Arbeitsrechtsverletzungen führen.

Schließlich befürworten die Abgeordneten eine Änderung der Preisschwellen, die die Wahl des Vergabeverfahrens regeln, da die hohe Inflation die Baukosten in der EU in die Höhe getrieben hat.

Zitat

Der Berichterstatter des Parlaments, Piotr Müller (EKR, PL), erklärte nach der Abstimmung: „Das neue Vergabeverfahren sollte zur Regelung von Prozessen und nicht zur Umsetzung aller möglichen politischen Maßnahmen genutzt werden. Deshalb schlagen wir Vereinfachungen, echte Digitalisierung und transparente Regelungen vor. Neue Regelungen müssen auf ihre Auswirkungen auf kleine Unternehmen überprüft werden – wenn sie kleinen Unternehmen die Teilnahme an Ausschreibungen erschweren, müssen sie geändert werden. Andernfalls entsteht ein System, das diejenigen ausschließt, die es am dringendsten benötigen.“

Nächste Schritte

Der Berichtsentwurf wurde im Ausschuss mit 34 Ja-Stimmen, 13 Nein-Stimmen und 2 Enthaltungen angenommen. Er muss nun voraussichtlich im September im Plenum abgestimmt werden.